

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 10 · 19. Juni 2006 · www.cducsu.eu



Pötering: Verhalten der Türkei gegenüber Zypern nicht akzeptabel

Zu mehr Solidarität unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pötering, die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten aufgefordert. Dies gelte nicht nur für die Energieversorgung, sondern auch für den Beginn der Verhandlungen mit der Türkei. Es sei nicht akzeptabel, wenn die Türkei nach wie vor einen Mitgliedstaat der Europäischen Union nicht anerkenne und das Zollunionsabkommen, insbesondere den Zugang zyprischer Schiffe zu türkischen Häfen, nicht voll umsetze.

Inhalt

Angelika Niebler:
EU-Forschungsrahmen-
programm
Seite 2

Elmar Brok:
EP fordert Schließung
von Guantanamo
Seite 3

Herbert Reul:
Arbeitszeitrichtlinie
Seite 4

Christa Klauß:
Grundwasserrichtlinie
Seite 6

ANGELIKA NIEBLER:

Europaparlament für starke EU-Forschungsförderung

GEGEN GLEICHMACHEREI BEI SPITZENFORSCHUNG

Das EU-Forschungsrahmenprogramm bekommt künftig neue Akzente. Das Europäische Parlament billigte in erster Lesung das so genannte Siebte Forschungsrahmenprogramm (FRP), das die Grundlagen der europäischen Forschungspolitik von 2007 bis 2013 festschreibt. Die wesentliche Neuerung des künftigen FRP ist die baldige Errichtung des Europäischen Forschungsrates (EFR), der nach dem Vorbild der Deutschen Forschungsgemeinschaft gezielt die Grundlagenforschung in der EU unterstützen soll.



Angelika Niebler MdEP

Spitzenforschung in Europa voranbringen

„Das ist eine neue Komponente, die die Spitzenforschung in Europa voranbringt. Innovative Sprünge wie MP3-Player, Lasertechnik oder Röntgengeräte kommen immer aus der Spitzenforschung“, sagte die CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler.

Um einen schnellen Start zu ermöglichen, wird der Forschungsrat zunächst

seine Arbeit als Exekutivagentur der Europäischen Kommission aufnehmen. Bis 2008 sollen die Praxiserfahrungen einer unabhängigen Bewertung unterworfen werden. Danach wird eine endgültige Struktur festgelegt, die eine weitgehende Autonomie des Forschungsrates garantiert.

Das Parlament möchte größtmögliche Transparenz der Arbeit des EFR, der im Durchschnitt über eine Milliarde Euro jährlich verfügen soll. Die Amtszeit der Wissenschaftler wurde begrenzt sowie die Verwaltungsausgaben auf drei Prozent des Budgets eingefroren. Ferner soll ein Gremium geschaffen werden, das einen institutionellen Kontakt zwischen Forschungsrat, EU-Institutionen und der Wissenschaft sicherstellt.

Strittig war die Frage, ob auch die Forschung an embryonalen Stammzellen mit EU-Mitteln gefördert werden kann. In den meisten Mitgliedstaaten, so auch in Deutschland, ist dies verboten. Das Parlament votierte nun mit knapper Mehrheit für die Möglichkeit der Verwendung von EU-Mitteln für die Embryonenforschung.

„Ich bin enttäuscht und favorisiere nach wie vor die Stichtagsregelung. Eine endgültige Entscheidung über die ethischen Grenzen der Forschungsförderung müssen nun Parlament und Rat gemeinsam treffen.“

54 Milliarden Euro für Forschung

Insgesamt stehen für das Siebte Forschungsrahmenprogramm in den Jahren 2007 bis 2013 rund 54 Milli-

arden Euro zur Verfügung. Nun wird sich der Rat über das Dossier beugen. Parlament und Rat müssen sich einigen und stehen dabei unter Zeitdruck. Wenn die Programme pünktlich zu Jahresbeginn 2007 anlaufen sollen, muss das EU-Forschungsrahmenprogramm spätestens im Herbst verabschiedet sein. „Das Votum des Europäischen Parlaments ist eine ausgezeichnete Grundlage, die auch im Rat mehrheitsfähig sein müsste“, sagte die CSU-Europaabgeordnete.

ELMAR BROK:

EP fordert Schließung von Guantanamo

KAMPF GEGEN TERROR KANN NICHT AUF KOSTEN DER GRUND- UND MENSCHENRECHTE GEWONNEN WERDEN

Mit überwältigender Mehrheit hat das Europäische Parlament in einer gemeinsamen, fraktionsübergreifenden Entschließung die Schließung des US-Gefangenenlagers Guantanamo Bay auf Kuba verlangt. Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und einer der Verfasser der gemeinsamen Entschließung, sagte dazu in Straßburg: „Der Kampf gegen den Terror kann nicht auf Kosten der Grund- und Menschenrechte gewonnen werden, denn sie sind das Fundament unserer Wertordnung. Das Gefangenenlager Gu-



Elmar Brok MdEP

antanamo Bay genügt diesen Anforderungen nicht, denn dort werden Menschen ohne Anklage und ordentlichen Prozess festgehalten. Darum fordert das Europäische Parlament die Schließung Guantamos, um dem in der Tat notwendigen Kampf gegen den weltweiten Terrorismus wieder mehr

Glaubwürdigkeit zu verleihen“.

Brok, der erst vor kurzem auf Einladung des US-Kongresses mit einer kleinen Parlamentsdelegation Guantanamo besucht hatte, sagte weiter, es stehe außer Frage, dass die USA er-

hebliche Anstrengungen bei der Versorgung und Betreuung der dort festgehaltenen Personen unternommen hätten. „Diese Verbesserungen lösen aber das eigentliche Problem nicht, nämlich die Verletzung von Grund- und Menschenrechten sowie die mangelnde Achtung fundamentaler, rechtsstaatlicher Prinzipien wie sie in der Genfer Konvention, der UN-Menschenrechtscharta und nicht zuletzt auch in der amerikanischen Verfassung niedergelegt sind“, betonte Brok weiter.

Verbesserungen lösen das Problem nicht

Die Fraktionen bringen in ihrer gemeinsamen Parlamentsresolution zudem die Sorge zum Ausdruck, dass der für August vorgesehene Neubau eines Hochsicherheitsgefängnisses ohne Fenster gerade nicht auf eine Schließung Guantanamos hindeute.

„Die USA haben den Kampf gegen den Terror zum Krieg erklärt. Dann müssen aber für die Gefangenen die Regeln der Genfer Konvention zum Schutz von Kriegsgefangenen gelten. Das US-Verteidigungsministerium hat jedoch genau diesen Passus für zukünftige Verhörmethoden und Gefangene im Kampf gegen den Terror gestrichen“, kritisierte Brok. Wollten die USA ihre Glaubwürdigkeit im Kampf gegen den weltweiten Terror wieder zurückgewinnen, dann müssten sie mutmaßliche Terroristen entweder als Kriegsgefangene behandeln oder aber mit rechtstaatlichen Mitteln verfolgen. „Guantanamo entspricht weder der einen noch der anderen Option. Ich bin deshalb überzeugt davon, dass die USA unsere Initiative über kurz oder lang berücksichtigen werden, zumal wir uns im gemeinsamen Kampf gegen den Terror von niemandem auseinanderdividieren lassen dürfen“, so Brok abschließend.

HERBERT REUL:

Flexible Arbeitszeiten gleich mehr Beschäftigung

KEINE EINIGUNG IM RAT ZUR ARBEITSZEITRICHTLINIE

Trotz der raschen Verabschiedung der Arbeitszeitrichtlinie im Mai 2005 durch das Europäische Parlament ist die Regelung der Arbeitszeit in Europa weiterhin ungewiss. Auch in der dritten Sitzung der EU-Sozialminister nach der Plenarentscheidung

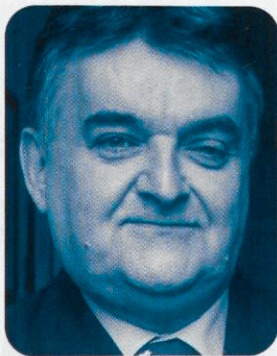
zeichnet sich zwischen den Mitgliedstaaten keine Einigung ab.

Einer der Hauptstreitpunkte ist die maximale wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden. Länder wie Großbritannien, Deutschland und die Slowakei nutzen erfolgreich die Möglichkeit

einer Verlängerung der Maximalarbeitszeit (sog. Opt-Out) seit mehreren Jahren. Auf diese Weise kann vor allem im Gesundheitswesen der Mangel an qualifiziertem Personal zumindest teilweise ausgeglichen werden. Diese Länder plädieren für eine Ausnahmeregelung der Höchstarbeitszeit und verweisen

zu Recht auf den marktwirtschaftlichen Charakter des Opt-Outs.

„Unternehmen und Einrichtungen mit Bereitschaftsdiensten sollten durch diese Art des Dirigismus nicht weiter daran gehindert werden, kreative und passgenaue Lösungen zu finden. Die ausnahmslose Begrenzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden führt mit Sicherheit nicht automatisch zu mehr Arbeitsplätzen in Europa. Diese Erfahrung mussten gerade wir Deutschen bei der Begrenzung der allgemeinen Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden machen“, so Herbert Reul.



Herbert Reul MdEP

Überraschenderweise ist der Rat auch bei der Definition der inaktiven Arbeitszeit im Streit auseinander gegangen. In Vorverhandlungen hatte man sich informell darauf geeinigt, die inaktive Zeit des Bereitschaftsdienstes nicht als Arbeitszeit anzusehen. Um zusätzliche Bürokratie beim Berechnen

der aktiven und inaktiven Arbeitszeit zu vermeiden, sollte mit pauschalierten Durchschnitts-Stundenzahlen operiert werden. Von dieser praktischen Lösung möchten die EU-Sozialminister jetzt nichts mehr wissen.

Für Herbert Reul ist die Schwerfälligkeit des Rates völlig unverständlich. „Wir müssen darüber nachdenken, ob nicht eine Überarbeitung des Gesetzgebungsverfahrens notwendig ist. Parlament und Kommission haben Fristen, der Rat nicht. Das führt oft zu langen Blockaden, die Europa schaden und die EU bei den Menschen in Misskredit bringen“, sagte der CDU-Europaabgeordnete Herbert Reul. Auch die Bundesregierung sollte als Vermittler auftreten. „Das Thema gehört als oberste Priorität auf die Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft. Die Arbeitszeit geht jeden einzelnen Arbeitnehmer in der EU etwas an. Umso mehr ist eine abschließende und wettbewerbsorientierte Beilegung des Ratsstreits nötig, um endlich Rechtssicherheit zu schaffen“, so abschließend Herbert Reul.

Endlich Rechtssicherheit schaffen

Doch der Rat tut sich sehr schwer, eine wirtschaftsfreundliche Einigung zu finden. Gerade die westeuropäischen Mitgliedstaaten wie Frankreich, Spanien und Portugal sprechen sich vehement gegen die Ausnahmemöglichkeit aus und blockieren damit eine Einigung auf Ratsebene.

CHRISTA KLAß:

Neue EU-Richtlinie sorgt für nachhaltige Ressource Wasser

EUROPAPARLAMENT ENTSCHEIDET IN 2. LESUNG ÜBER
EU-GRUNDWASSERRICHTLINIE

Der Schutz des Grundwassers wird künftig EU-weit einheitlicher geregelt. Die neue Grundwasserrichtlinie soll den Schutz der Gewässer in Europa für die nächsten Jahrzehnte und für kommende Generationen sicherstellen. „Wir brauchen EU-weit das Vorsorgeprinzip als Schlüsselement. Deshalb ist die Richtlinie so wichtig“, sagte die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Christa Klaß (CDU).

„Zwei offene Punkte beim Grundwasserschutz müssen noch geklärt werden. Für die Beurteilung des guten chemischen Zustands des Grundwassers brauchen wir klare Kriterien. Das gleiche gilt für die Ermittlung eines steigenden Verschmutzungstrends und zur Festlegung eines Ausgangspunktes für die Trendumkehr. Diese sind Voraussetzung für entsprechende Maßnahmen noch bevor die Grenzwerte erreicht sind. Es darf kein Auffüllen bis zu den Grenzwerten geben. Denn das wäre kein vorsorgender Grundwasserschutz“, so die CDU-Europaabgeordnete.



Christa Klaß MdEP

Vorsorge sei nirgends wichtiger als beim Grundwasser. „Es dauert viele Jahre bis sich Schadstoffeinträge nach Versickern im Boden im Grundwasser bemerkbar machen. Das gleiche gilt für Gegenmaßnahmen, die enorm teuer sind. In Österreich und Deutschland, aber auch in einigen Regionen Großbritanniens,

wird Trinkwasser zu 80 Prozent aus Grundwasser gewonnen. Allerdings sind etwa 40 Prozent aller Grundwasserkörper in der Europäischen Union heute schon verschmutzt. Deshalb brauchen wir klare und nicht auslegungsfähige gesetzliche Regelungen für den Grundwasserschutz“, sagte Klaß.

Messverfahren müssten EU-weit vereinheitlicht werden. „Es kann nicht sein, dass ein Mitgliedstaat in zehn Meter Tiefe und ein anderer in 20 Meter Tiefe misst“, so die Abgeordnete. Das Europäische Parlament nahm in zweiter Lesung einige Änderungen vor. Nun müssen sich Parlament und Rat im Vermittlungsverfahren einigen.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **EU-Verfassungsvertrag: Brief an österreichischen Bundeskanzler Schüssel**

Gemeinsam haben der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, **Wilfried Martens**, und der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU) konkrete Vorschläge zur Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrages vorgelegt. In einem Brief an den amtierenden EU-Ratspräsidenten, den österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, forderten Martens und Pöttering, die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses sei „unerlässlich, nachdem bereits fünfzehn Staaten der Union diesen Schritt unternommen haben“. Das Ziel müsse sein, diesen Prozess bis zu den nächsten Europawahlen 2009 abzuschließen. In ihrem Brief forderten Martens und Pöttering die österreichische Ratspräsidentschaft dazu auf, nicht nur eine Verlängerung der Reflexionsphase anzustreben, sondern eine „Analysephase“ zu eröffnen. Diese könnte bis zum Treffen des Europäischen Rates im Juni 2007 andauern. Damit verbunden werden sollte eine Untersuchung „welche politischen und sonstigen Kosten sich für die Bürger Europas derzeit aus der Tatsache ergeben, dass es keine Lösung zur Verfassungsfrage gibt“. Für die Zeit nach den Wahlen in Frankreich und in den Niederlanden 2007 „wird es die Ver-

antwortung der deutschen Ratspräsidentschaft sein, rechtzeitig weitere Vorschläge mit dem Ziel eines Abschlusses des Ratifizierungsverfahrens im Jahr 2009 vorzubereiten“, so der Brief an Bundeskanzler Schüssel.

■ **Arzneimittel für Kinder sollen gefördert werden**

Die Europäische Union will die Entwicklung von Arzneimitteln speziell für Kinder vorantreiben. Dazu hat das Europäische Parlament einen Bericht der französischen EVP-ED-Abgeordneten **Françoise Grossetête** gebilligt. Damit sollen ab 2007 in ganz Europa bessere Arzneimittel für Kinder auf den Markt kommen. Bisher werden Arzneimittel oft nur für Erwachsene entwickelt. Als Folge können viele Medikamente nicht oder nur in geringeren Dosen an Kinder verabreicht werden. Ziel der Verordnung ist es, die Gesundheit der Kinder zu verbessern, indem die Entwicklung von Arzneimitteln für Kinder intensiviert wird. Ein Anreiz ist unter anderem eine sechsmonatige Verlängerung des Patentschutzes für Arzneimittel, die auf ihre Wirkung auf Kinder untersucht wurden.

■ **EVP-ED-Abgeordnete fordern Einreiseverbot für iranischen Präsidenten**

Die beiden EVP-ED-Abgeordneten **Jana Hybásková** (Tschechische Republik) und **Charles Tannock** (Großbritannien) haben ein europäisches Ein-

reiseverbot für den iranischen Staatspräsidenten gefordert. In einem von mehr als 75 Europaabgeordneten unterschriebenen offenen Brief an die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und den Fußballverband FIFA forderten sie, dass Mahmud Ahmadinedschad vor allem auch mit Blick auf die Gerüchte um einen möglichen Besuch eines Spiels der Fußball-WM die Einreise nach Europa verboten wird. „Wir sind besorgt über die wiederholten Äußerungen Ahmadinedschads über Israel und den Holocaust, seine Position zum Märtyrertum sowie seine Haltung im Atomstreit und die Lage der Menschenrechte im Iran“, sagte Hybásková zu Israel.

■ EP-Delegation inspiziert Auffanglager für Flüchtlinge

Eine Delegation aus 12 Abgeordneten des Europäischen Parlaments hat unter der Leitung von **Patrick Gaubert** (Frankreich), dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Justiz und Inneres, drei Auffanglager auf den kanarischen Inseln besucht, um sich ein Bild über die Situation der Flüchtlinge dort zu machen. Zuvor hatte eine Delegation des Innenausschusses bereits Flüchtlingslager auf der italienischen Insel Lampedusa sowie auf Malta, in Paris und in den spanischen Ge-

bieten Ceuta und Melilla besucht. Nach Angaben von Gaubert werden die Flüchtlinge auf den kanarischen Inseln korrekt behandelt. Neben den zwei bereits existierenden Lagern hat die spanische Armee ein Übergangslager eingerichtet, um die hohe Zahl an Flüchtlingen beherbergen zu können. Allein im Mai kamen rund 5000 Flüchtlinge auf die kanarischen Inseln, die meisten mit Booten aus dem Senegal.

■ Studientag zur Wiedervereinigung Europas

Mit dem Ziel mehr Aufmerksamkeit für die Umstände der Teilung Europas während des Kalten Krieges und die Verbrechen der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa zu schaffen, hat die EVP-ED-Fraktion in Brüssel einen Studientag über „die Wiedervereinigung Europas“ abgehalten. Die Debatte gliederte sich in drei Themen. Dazu gehörten die politischen, historischen und rechtlichen Aspekte des Totalitarismus sowie eine Diskussion über die Verbrechen des kommunistischen Regimes in der Sowjetunion. Der dritte Themenblock behandelte die Frage des eisernen Vorhangs und der Teilung Europas aus westlicher Sicht.

Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten